

Gernot Gerlach, Piratenpartei

Stellungnahme *) zur Veranstaltung des Sozialpolitischen Forums Würzburg
„Für eine menschliche Sozialpolitik“ – 10.9.2013 – Felix Fechenbach Haus

Angaben zur Person und zur politischen Funktion

Name: Gernot Gerlach

Geboren: 05.07.1982 in Berlin

Beruf: staatlich anerkannter Erzieher und Sozialarbeiter (FH)

Politische Funktionen:

- Seit Juli 2009 aktives Mitglied der Piratenpartei Deutschland
- Seit 18.11.2012 stellvertretender Bezirksvorsitzender der Piratenpartei Deutschland Bezirksverband Unterfranken;
- Stimmkreisbewerber Würzburg/Stadt und Listenplatz 3 auf der Unterfränkischen Bezirksliste der Piratenpartei



Themenfeld Wohnungsmangel

Die Bevölkerung in Würzburg wird nach den Prognosen die nächsten 15 Jahre weiter wachsen. Der Wohnungsmangel ist bereits jetzt akut. Kleine und mittlere bezahlbare Wohnungen fehlen (wie z.B. für allein erziehende, arbeitslose, strafentlassene, behinderte, alte Menschen). Wir vom Sozialpolitischen Forum meinen, dass diese Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Frage 1) Welche Lösungen sieht Ihre Partei auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene?

Zur Würde des Menschen gehört auch würdevolles Wohnen. Wohnraum muss daher für alle bezahlbar sein. Gentrifizierung, sprich die Aufwertung von Wohnvierteln mit weitreichenden sozialen Folgen, soll mit einer transparenten Planung an der alle betroffenen Bürger mitwirken können, sowie durch die stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte entgegengewirkt werden.

Wir Piraten setzen uns für die dauerhafte Förderung eines gemeinnützigen Wohnungsbaus auf Bundes- und Landesebene ein. Dies soll durch die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus sowie eine Förderung des Mietshäuser Syndikats, eine nicht-kommerziell organisierte Beteiligungsgesellschaft zum kapitalmarktunabhängigen Erwerb von Häusern, ergänzt werden.

Die öffentliche Hand soll darüber hinaus im Rahmen der transparenten Planung Rechenschaft darüber ablegen müssen welche Grundstücke sich in öffentlicher Hand befinden und warum diese nicht für die Schaffung von preiswertem Wohnraum zur Verfügung stehen.

Zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums setzten wir uns ebenso dafür ein die Modernisierungumlagen abzuschaffen, nach der Vermieter Kosten für Modernisierungsmaßnahmen mit 11% pro Jahr auf die Miete umlegen können.

Bei energetischen Sanierungen fordern wir, dass zukünftig nur eine Mieterhöhung maximal in der Höhe der durchschnittlichen Energiekosteneinsparung gestattet wird.

Bei Neuvermietungen von Bestandswohnungen darf die Miete nicht mehr als 10% über der ortsüblichen, durchschnittlichen Vergleichsmiete laut gültigem Mietspiegel liegen.

Bei Mietpreiserhöhungen soll zukünftig die Kappungsgrenze auf maximal 15% im Zeitraum von vier Jahren geändert werden, heutzutage liegt diese bei 20% innerhalb von drei Jahren.

Frage 2) Wie werden Sie sich in Ihrer politischen Arbeit für die Linderung der Wohnungsnot einsetzen?

Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Thema Wohnungsnot breiter in die Diskussion kommt und darauf hinwirken, dass der Bund wieder in den sozialen Wohnungsbau einsteigt. Ebenso werde ich mich für eine transparente Planung mit Beteiligungsmöglichkeiten für alle Betroffenen einsetzen. Des Weiteren werde ich versuchen, alle unsere Forderungen in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.

Themenfeld Pflegenotstand

Der Pflegenotstand zeigt bereits seine massiven Auswirkungen. Es gibt z. B. derzeit Einrichtungen in Würzburg, Schweinfurt und anderswo, die keine Bewohner mehr aufnehmen können, weil Ihnen das Pflegepersonal fehlt. Ein erheblicher Teil der Arbeitszeit wird inzwischen für die Dokumentation aufgewandt, anstelle für den direkten Kontakt mit den alten oder pflegebedürftigen Menschen. Wir vom Sozialpolitischen Forum fordern „Mehr Zeit für die Pflege“ und bessere Rahmenbedingungen für Pflegekräfte.

Frage 3) Was tun Sie, was tut Ihre Partei dafür, den Pflegenotstand und seine Ursachen zu überwinden?

Wir Piraten setzen uns dafür ein, dass Vergütungssysteme im Bereich der Pflege regelmäßig einer unabhängigen Analyse und Anpassung unterzogen werden. Hier sollen auch in Modellprojekten neue Vergütungsformen regional entwickelt und getestet werden.

Weiterhin machen wir uns für klare und eindeutige Regeln zum Personaleinsatz in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen der Langzeitversorgung stark.

Der Personalschlüssel bzw. Pflegeschlüssel für examinierte Pflegekräfte und Pflegehilfskräften soll dabei durch Fachgremien anhand empirischer Fakten festgelegt werden. In Abteilungen mit besonderen Belastungen sind Sonderschlüssel anzuwenden.

Die Piratenpartei setzt sich im allgemeinen für den Abbau von Bürokratie ein, die Pflegedokumentation, die zweifelsfrei notwendig ist, darf nicht zu Lasten des zu pflegenden Menschen gehen.

Wir Piraten setzen uns für kostenfreie Bildung von der Wiege bis zur Bahre ein, dies gilt in diesem Fall selbstverständlich für die Berufsausbildung von Pflegekräften, ein Schulgeld wie es heute in Bayern noch erhoben wird, lehnen wir strikt ab.

Auch sollten Umschulungen in diesen Bereich voll durch die Agentur von Arbeit finanziert werden.

Frage 4) „Mehr Zeit für die Pflege!“ – unterstützen Sie dieses Ziel, und für welche Maßnahmen werden Sie sich konkret engagieren?

Ich unterstütze dieses Ziel umfassend. Und habe mich bereits am 20.07.13 auch auf dem Montagsspaziergang zu diesem Thema mit den Pflegekräften solidarisch gezeigt und gemeinsam mit Ihnen für dieses Ziel demonstriert.

Für eine Aufwertung der Berufsbilder in der Pflege und somit die Steigerung der Attraktivität Selbiger, für die Gewinnung von mehr Pflegepersonal und für die Entbürokratisierung der Pflege möchte ich mich dabei besonders einsetzen.

Ich möchte konkret die Gesellschaft sowie auch meine eigene Partei für dieses Thema sensibilisieren und für konkrete Lösungsansätze werben. Im Falle eines Einzugs in die Parlamente möchte ich diese Themen auf die Agenda bringen und Gesetze auf den Weg bringen, die eine nachhaltige Verbesserung der Pflege in Deutschland ermöglichen.

Themenfeld Freie Wohlfahrtspflege und Teilhabe an der Gesellschaft

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege verstehen sich als Fürsprecher der Menschen, die hier kaum eine Lobby haben. Sie helfen ihnen, Unterstützung zu bekommen und eigene Kräfte zu entwickeln. Wo die Freie Wohlfahrtspflege staatliche Aufgaben übernimmt, sollte sie ihre Leistungen von den Kostenträgern erstattet bekommen, was aber oft nur unzureichend erfolgt. Wir vom Sozialpolitischen Forum wenden uns gegen Ausgrenzung und fordern, dass alle Menschen – egal ob gesund oder krank, behindert oder nicht behindert, mit oder ohne Migrationshintergrund, alt oder jung, pflegebedürftig oder selbständig usw. – gemeinsam an unserer Gesellschaft teilhaben können.

Frage 5) Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen öffentlicher Hand und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege?

Ich sehe die öffentliche Hand in der Verantwortung, Missstände zu erkennen und gezielt Forderungen an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege heranzutragen. Sollte in einer Region kein Verband der freien Wohlfahrtspflege in der Lage sein, sich der Missstände anzunehmen, muss die öffentliche Hand dabei selbst tätig werden und Hilfsangebote schaffen. Auch sollte die öffentliche Hand ein offenes Ohr für die Belange der Verbände der freien Wohlfahrtspflege haben, um Fehlentwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken.

Frage 6) Wie tragen Sie in Ihrer politischen Arbeit dafür bei, dass Bevölkerungsgruppen mit Hilfebedarf nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden?

Ich als Sozialarbeiter fühle mich gerade diesen Bevölkerungsgruppen besonders verpflichtet und auch wir als Piratenpartei sprechen uns für die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe aller Menschen aus. Konkret fördern wir Konzepte zur Inklusion von Benachteiligten, die wir konsequent in unsere Programme aufgenommen haben. Auch innerparteilich haben wir beispielsweise durch Möglichkeit zur zeitlich und räumlich getrennten Zusammenarbeit oder der Arbeit an unserem Programm durch Liquid Feedback Hürden unter Anderem für Menschen mit Hilfsbedarf abgebaut..

Gernot Gerlach – 2.9.2013

^{*)} Die Vertreter/innen der Parteien wurden vom Sozialpolitischen Forum gebeten, sechs Fragen aus drei Themenfeldern zu beantworten. Die Stellungnahme wird auf www.agfw-wuerzburg.de veröffentlicht.